



Cross-Asset- und Strategy-Research

Vorsicht an der Hafenkante!

Strategische Infrastruktur nicht leichtfertig aus der Hand geben

Bundeskanzler Scholz flog gestern auf Stippvisite nach Peking zum Antrittsbesuch beim frisch wiedergekrönten Präsidenten Xi Jinping. Begleitet wird er von einer Wirtschaftsdelegation, auch wenn diese etwas kleiner ausfällt als gewöhnlich. Eine verdächtig hohe Anzahl von DAX-Vorständen berichtete von „Terminproblemen“.

Die Schlagzeilen im Gefolge des Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas stimmen nicht hoffnungsfroh. Statt auf Wirtschaftsreformen und Liberalisierung scheint „Xi-na“ weiter auf der Zero-Covid Politik zu beharren. Statt Wirtschaftsreformen stehen jetzt Sicherheit und technologische Autarkie im Vordergrund.

Der Besuch des Kanzlers ist an sich zu begrüßen. Natürlich ist es besser, miteinander zu reden als übereinander. Ob im zunehmend isolationistischen China Gespräche nach dem Motto „freundlich lächeln, aber zum einen Ohr rein, zum anderen raus“ ablaufen, bleibt abzuwarten. Skepsis ist angebracht.

Scholz' Gastgeschenk: das wäre doch nicht nötig gewesen!

Reden ist gut. Aber Gastgeschenke müssen dann doch nicht sein. Scholz hat in der Koalition für erheblichen Unmut gesorgt, indem er, gegen den ausdrücklichen Wunsch seiner Partner, die Minderheitsbeteiligung des chinesischen Staatskonzerns Cosco an einem Terminal im Hamburger Hafen durchdrückte. Was die Motivation des Hamburger Kanzlers Scholz gewesen sein mag, ist nicht ohne weiteres klar. Wirtschafts- und Außenministerium, beide in Grüner Hand, waren klar gegen eine Genehmigung. Auch Brüssel plädierte dafür, strategische Infrastruktur nicht aus der Hand zu geben.



Dr. Moritz Kraemer

Chefvolkswirt und Leiter Research

LBBWResearch@LBBW.de

4. November 2022

Scholz' Staatsbesuch in China ist richtig

Der Zeitpunkt ist aber nicht gut gewählt, jetzt in China mit politischer Unterstützung „Deals“ abzuschließen

China ist in den vergangenen Jahren zunehmend zum strategischen Rivalen geworden. Auslandsinvestitionen durch Staatsbetriebe werden in Peking nur zweitrangig unter wirtschaftlichen Aspekten getroffen. Strategische Faktoren dominieren. Das war bei der Seidenstraße so. Und so ist es auch beim Erwerb einer Vielzahl von Hafenanlagen in Europa gewesen. Es geht längst nicht mehr nur um den griechischen Notverkauf von Piräus.

Europa muss seine freihandelsgläubige Naivität überdenken. Die Regeln sind im Wandel. Eine Partnerschaft auf Augenhöhe erfordert gleiche Spielregeln für alle. Reziprozität sollte ein Leitbild sein. Nur was europäischen Unternehmen in China erlaubt ist, sollte auch umgekehrt chinesischen Käufern in Europa genehmigt werden. Und strategische Infrastruktur muss ausgenommen bleiben. So auch der Hafen Hamburg. Sonst hätten wir nichts gelernt aus dem Nord-Stream-Debakel und dem Desaster des Managements deutscher Gasspeicher durch Kremlnahe Staatsunternehmen.

Diplomatischer Drahtseilakt

Der Kanzler hat sich qua Koalitionsvertrag einer stärker werteorientierten Außenpolitik verpflichtet. Seit Kriegsbeginn ist dies noch wichtiger geworden. Aber: das Kind darf nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden. China ist als Handelspartner und Investitionsstandort von immenser Bedeutung (siehe Abb.).

Die Kunst deutscher Wirtschaftsdiplomatie wird darin bestehen, sich einerseits nicht erpressbar zu machen, aber gleichzeitig die massiven deutschen wirtschaftlichen Interessen im Auge zu behalten. Wenn man gleich in der ersten Runde ohne Not beim Hamburger Hafen nachgibt, wird uns dieser Spagat wohl kaum nicht gelingen. Auch hier muss Scholz ein Machtwort sprechen.

Disclaimer:

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und in Liechtenstein.

Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beachtet nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.

Anteil Chinas am Außenhandel und den Direktinvestitionen Deutschlands, in %



Europa muss seine handelspolitische Naivität überdenken